

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am Mittwoch, 30.03.2022 um 18:30 Uhr, in der Aula des Helmholtz-Gymnasiums (Am Holterhöfchen 30 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang	CDU
Frau Susanne Brandenburg	CDU
Herr Michael Deprez	CDU
Herr Martin Falke	CDU
Herr Fred-Harry Frenzel	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Frau Sabine Kittel	CDU
Herr Michael Rupp	CDU
Herr Christian Schimang	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Kevin Peter Schneider	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Frau Anabela Barata	SPD
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Frau Sarah Buchner	SPD
Herr Hamza El Halimi	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD
Frau Sandra Kollender	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Abdullah Dogan	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Andrea Grunert	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Norbert Lang	Bündnis 90/Die Grünen

Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Peter Münnich	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Susanne Vogel	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Julia Gerhard	FDP
Herr Uwe Gramminger	FDP
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD
Herr Marlon Buchholz	AfD
Herr Dr. Heimo Haupt	AfD
Herr Axel Hoffmeister	AfD
Herr Ralf Peter Beier	BÜRGERAKTION
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden
Herr Werner Erbe	parteilos

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Frau Kämmerin und Beigeordnete Anja Franke	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Stadt Hilden
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden
Herr Michael Witek	Beratungs- und Prüfungsamt

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Ramon Ludwig Kimmel	CDU
Herr Philip Razum	CDU
Herr Tristan Zeitter	CDU
Frau Sandra Kathrin Wiemers	CDU
Herr Christoph Bosbach	SPD
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Sachstand Ukraine
- 3 Ausgliederung des Sportstättenbetriebes zum 01.01.2022
WP 20-25 SV 20/081
- 4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 5.1 Antrag CDU: Erstellung einer fast papierfreien Gremienarbeit für die laufende Legislaturperiode 2020-2025
 - 5.2 Antrag CDU: Erarbeitung einer endgültigen digitalen Gremienarbeit für alle zukünftigen Ratsperioden
 - 5.3 Antrag FDP: Installation von Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden des Zentralen Bauhofs

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Bürgermeister Dr. Pommer schlug folgende zwei Änderungen der Tagesordnung vor:

- Erweiterung um TOP 2: Bericht zum Sachstand „Ukraine“
- Verweisung der Nachreichvorlage „Ausgliederung des Sportstättenbetriebes zum 01.01.2022“ vom nichtöffentlichen Teil der Sitzung in den öffentlichen Teil der Sitzung (von TOP 7 zu TOP 3).

Nachdem sich Bürgermeister Dr. Pommer vergewisserte, dass alle Gremienmitglieder mit den Änderungen der Tagesordnung einverstanden sind, fuhr er fort.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Befangenheitserklärungen lagen keine vor.

2 Sachstand Ukraine

Erster Beigeordneter Eichner berichtete, dass der Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Stadt Hilden ("SAE Ukraine-Hilfe") aktiviert wurde und derzeit zwei Mal wöchentlich tagt.

Im Anschluss informierte er über die aktuelle Zahl der Geflüchteten in Hilden sowie der zur Verfügung stehenden Plätze:

Aktuell seien insgesamt 595 Flüchtlinge in Hilden untergebracht. Hiervon stammen 305 aus der Ukraine. Abzgl. 9 unbegleiteter minderjährige/r Ausländer/innen, die stationär in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht wurden und bei der weiteren Auflistung der Zahlen nicht mit aufgeführt werden seien insgesamt 296 Personen aus der Ukraine in Hilden. Hiervon seien 168 extern bei Bekannten/Familie/Freunden untergebracht und 128 in städtischen Unterkünften. Von den in städtischen Unterkünften untergebrachten Geflüchteten aus der Ukraine seien 110 unter 18 Jahren (unter 3 Jahre: 16, 3-6 Jahre: 24, 7-11 Jahre: 39, 12-17 Jahre: 31).

Es werden derzeit neue Unterbringungsmöglichkeiten durch den SAE Ukraine Hilfe gesucht. Die Unterkunft an der Beckersheide sei zum 07.04. bautechnisch soweit hergerichtet, dass zusätzliche 60 Plätze bereitstehen. Insgesamt sei somit zu erwarten, dass bis zu den Osterferien insgesamt 710 Plätze in Hilden zur Verfügung stehen, führte Ester Beigeordneter Eichner aus.

Hinsichtlich der Beschulung teilte Erster Beigeordneter Eichner mit, dass die Bezirksregierung festgelegt habe, dass zunächst zwei Willkommensklassen an weiterführenden Schulen eingerichtet werden: eine für die Sekundarstufe I am HGH und eine Klasse für die Sekundarstufe II am Berufskolleg.

An den Grundschulen sei die Pflicht zur Masern-Schutzimpfung bis zu den Sommerferien ausgesetzt. Es bestehe ein enger Austausch mit dem Gesundheitsamt, um verschiedene Impfangebote anbieten zu können. Die Kinder im schulpflichtigen Alter sollen sich an den Grundschulen anmelden können und in die bereits bestehenden Grundschulklassen eingegliedert werden. Sollten die Klassen voll sein, werde Kontakt mit dem Schulverwaltungsamt aufgenommen. Der Stadt liege zudem ein Angebot eines privaten Trägers vor, der ehrenamtlich eine Art „Vorschule“ anbiete, auf das bei Bedarf zurückgegriffen werden könne.

Um dem Wunsch eines Integrationskurses von den erwachsenen Geflüchteten erfüllen zu können, sei die Stadt bereits an die Volkshochschule herangetreten, berichtete Erster Beigeordneter Eichner. Problematisch sei in diesem Zusammenhang, dass ein Integrationskurs normalerweise 1 ½ Jahre dauere und insgesamt 700 Unterrichtseinheiten umfasse und derzeit noch unklar sei, wie lange die Geflüchteten aus der Ukraine in Hilden bleiben. Daher werde nun ein so genannter „Überbrückungskurs“ im Umfang von 40 Unterrichtseinheiten angeboten, der bereits eine hohe Nachfrage sowie Anmeldungen erzielt habe.

3 Ausgliederung des Sportstättenbetriebes zum 01.01.2022

WP 20-25 SV 20/081

Rm Bartel/Bündnis 90/Die Grünen begründete die Ablehnung der Ausgliederung des Sportstättenbetriebes seiner Fraktion damit, dass ein hoher personeller und zeitlicher Aufwand mit der Ausgliederung verbunden sei und dies zu einem Zeitpunkt, an dem die personell unterbesetzte Verwaltung sich intensiv mit Themen der Digitalisierung und des Personalmanagements beschäftigen müsse. Weiterhin seien die finanziellen Auswirkungen der Ausgliederung nur bedingt absehbar. Argumente, die zur Entscheidung für die Alternative 2 geführt haben, seien u.a., dass eine stichprobenartige Abfrage bei Gemeinden, die die Sportstättenbetriebe bereits ausgegliedert haben, ergeben hat, dass rund die Hälfte der Gemeinden unzufrieden mit der Ausgliederung seien und es bis zu zwei Jahre dauern könnte, bis alles rund laufe. Zudem bestehe ein hoher Abstimmungsbe-

darf bei der Erstellung von Dienstleistungsverträgen zwischen der Stadt und dem Ausgliederungsbetrieb. Ein erhöhter personeller Aufwand entstehe auch dadurch, dass Leistungen gegenseitig in Rechnung gestellt und Schnittstellen geschaffen werden müssten. Unklar sei auch die Zusammenarbeit und Verteilung der Kompetenzen zwischen Rat, Schul- und Sportausschuss, Geschäftsführung und Aufsichtsrat.

Rm Joseph/ FDP teilte mit, dass die FDP nicht einheitlich abstimmen werde. Für die Alternative 1 mit der Ausgliederung der Sportstätten spricht, dass mit dem Umbau des Stadtkonzerns eine große Chance für die Zukunft gesehen werde. Aufgrund ungeklärter steuerrechtlicher Fragen sowie noch offener Fragen zur Satzung, bestehen jedoch auch Bauchschmerzen. Bei der Ausgliederung der Sportstätten habe die Gleichbehandlung der Vereine oberste Priorität und dies müsste auch in die noch fehlende Satzung einfließen. Anschließend beantragte er noch eine nichtöffentliche Aussprache, um über Personalien des Beteiligungsbetriebes zu sprechen.

Rm Reffgen/ BA nannte die Ausgliederung eine historische Chance, um die frühere Fehlentscheidung des Verkaufs von Anteilen an den Stadtwerken zu korrigieren und die Gewinne der örtlichen Stadtwerke in Hilden zu belassen. Darüber hinaus bietet sich so die Möglichkeit die Konzernstruktur klarer zu strukturieren und wirtschaftlich zu optimieren. Er bemängelte jedoch, dass die Sitzungsvorlage erst sehr kurzfristig vor der Sitzung vorgelegt wurde und eine sachgerechte Beratung für die Fraktionen schlicht nicht möglich gewesen sei und die Zustimmung der Fraktion daher mit Unbehagen erfolge. Unklar sei unter anderem auch, wie der Verlust des Gestaltungsspielraumes des Rates, als demokratisch gewähltes Gremium, ausgeglichen werden soll.

Rm Beier/ BA äußerte Bedenken, dass die Verwaltungsspitze nicht einheitlich zu dem Beschluss stehe und gab zu Bedenken, dass die Umsetzung nur funktioniere, wenn das Thema bei allen Beteiligten priorisiert werde. Er betonte, dass er bereits in der Ratssitzung im Oktober die stillen Reserven thematisiert und sich auch dafür eingesetzt habe, dass das Instrument der Erstellung eines Konzernabschlusses nicht abgeschafft werde. Nach kontroverser fraktionsinterner Diskussion werden sie für die Alternative 1 stimmen, verbunden mit der Aufforderung, dass die offenen postmerger Aktivitäten noch geklärt werden. Weiter wies er darauf hin, dass in der letzten Vorausschau des Jahresabschlusses noch ein Minus von 9,3 Millionen prognostiziert wurde, nun werde in den Anlagen für 20/21 ein Jahresüberschuss von 18,3 Millionen ausgewiesen. D.h. ein Plus von 27,6 Millionen innerhalb von drei Monaten und somit ein wesentlicher Sprung des Gewinns.

Rm Erbe/ parteilos lehnte die Ausgliederung mit der Begründung ab, dass die bürokratischen Hürden zu groß seien. Zudem seien die Sportstätten auch eine Begegnungsstätte. Er äußerte die Befürchtung, dass bei einer Ausgliederung die wirtschaftlichen Aspekte in den Vordergrund rücken und sich dies sicherlich auch auf die Eintrittspreise auswirken werde.

Rm Prof. Dr. Bommermann/ AfD erklärte, dass seine Fraktion für die Alternative 1 stimmen werde, um die Möglichkeit zu erhalten, das Konzerngebilde der Stadt Hilden zu modernisieren und auf einen gewinnbringenden Kurs zu bringen. Es solle bei der Beschlussfassung das große Ganze gesehen werden. Die Detailfragen seien im Anschluss durch die Verwaltung zu klären.

Auf Antrag von Rm Joseph/ FDP wurde im Anschluss noch unter Ausschluss der Öffentlichkeit über den Tagesordnungspunkt weiter beraten.

Die Öffentlichkeit wurde für die Abstimmung wiederhergestellt.

Beschlussvorschlag:

Alternative 1:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die Ausgliederung des Sportstättenbetriebes zum Stichtag 01.01.2022 gemäß Entwurf des anliegenden Ausgliederungsplanes. Der Rat der Stadt Hilden stimmt ausdrücklich auch dem im Ausgliederungsplan festgestellten Gesellschaftsvertrag der Stadt Hilden Beteiligungsgesellschaft mbH und der Bestellung der Geschäftsführer nach Maßgabe des Ausgliederungsplanes zu.

Der Rat beschließt, unter dem Vorbehalt der Ausgliederung des Sportstättenbetriebes die Veräußerung der in der Sitzungsvorlage WP 20-25 SV 20/055/1 aufgeführten bebauten Grundstücke der Infrastrukturentwicklungsgesellschaft Hilden mbH (IGH) und der Grundstücksgesellschaft Stadtwerke Hilden mbH (GSH) an die WGH Wohnungsbaugesellschaft Hilden mbH (WGH). Der Kaufpreis für die Grundstücke beträgt mindestens 10 % der aktuellen Verkehrswerte der Grundstücke, jedoch mindestens den Betrag, durch den gewährleistet ist, dass (a) kein durch die Stadtwerke Hilden GmbH aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags ausgleichender handelsrechtlicher Verlust bei der GSH aus den Grundstückverkäufen entsteht und (b) nach der geplanten Verschmelzung der IGH auf die GSH und sodann der GSH auf die WGH bei letzterer eine für bestehende Zuwendungsverpflichtungen und Finanzierungszusagen tragfähigen Eigenkapitalquote erhalten bleibt.

Alternative 2:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt mit Bezug auf § 3.6 des Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrages vom 21.12.2021 den Verzicht auf den Vollzug der Ausgliederung gemäß § 3.1.3 sowie auf den Abschluss der Grundstückskaufverträge gemäß § 3.1.4 dieses Vertrages und weist den Gesellschaftervertreter in der Stadt Hilden Holding GmbH an, dem Verzicht durch Gesellschafterbeschluss zuzustimmen und die Geschäftsführung der Stadt Hilden Holding GmbH anzuweisen, den Verzicht gegenüber der Stadtwerke Düsseldorf AG (als Verkäuferin) zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

Alternative 1:

Mehrheitlich angenommen gegen 13 Nein-Stimmen vom Bündnis 90/ Die Grünen und 1 Nein-Stimme von Rm Joseph/ FDP.

Alternative 2:

Mehrheitlich abgelehnt bei 13 Ja-Stimmen vom Bündnis 90/ Die Grünen und 1 Ja-Stimme von Rm Erbe/ parteilos sowie 1 Enthaltung von Rm Joseph/ FDP.

4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Rm Deprez/CDU verkündete, dass er nach über 25 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit mit Wirkung vom 01.04.2022 von allen politischen Aufgaben zurücktreten werde und auch auf sein Ratsmandat verzichten werde.

Im Anschluss erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen und dankten ihm mit Applaus für sein bisheriges ehrenamtliches Engagement.

5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

5.1 Antrag CDU: Erstellung einer fast papierfreien Gremienarbeit für die laufende Legislaturperiode 2020-2025

Rm Schneider/ CDU verlas folgenden Antrag:

„Die CDU Fraktion beantragt eine neue Befragung aller Gremienmitglieder für den Umgang mit den Ausschussunterlagen für die laufende Legislaturperiode 2020-2025. Außerdem sollen alle Ratsmitglieder, die auf Kosten der Verwaltung ein digitales Endgerät erhalten haben, keine papierhaften Unterlagen mehr zugestellt bekommen.“

Ausgenommen von dieser Regelung sollen alle Ausschussvorsitzenden (für den jeweiligen Ausschuss), die Fraktionsvorsitzenden und die Fraktionsgeschäftsstellen sein. Des Weiteren sollen alle Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses bei Bedarf die Pläne wie z. B. Bebauungspläne, weiterhin in Papierform zugesendet bekommen.

Begründung:

Aktuell herrscht reges Chaos in der Verwaltung bei der Zustellung der Ausschussunterlagen. Manche Gremienmitglieder, die einen Verzicht auf Papierunterlagen unterschrieben haben, bekommen trotz mehrfacher Aufforderung weiterhin die Ratsunterlagen per Post. Einige Gremienmitglieder, die nur die Tagesordnung in Papierform zugesendet haben wollten, bekommen nicht die Tagesordnung, aber dafür alle Tagesordnungspunkte in Papierform zugesendet. Dieser Zustand ist inakzeptabel und sollte schnellstmöglich geändert werden. Dafür muss es eine neue und endgültige Umfrage geben, wie die Gremienmitglieder ihre Unterlagen zugestellt haben möchten. Diese Umfrage soll keine hybride Möglichkeit der Zustellung mehr vorsehen. Ferner sollen Gremienmitglieder, die einen Zuschuss für ein Tablet oder über die Fraktion ein Tablet mit Stadtgeldern gestellt bekommen haben, keine Unterlagen mehr in Papierform zugestellt bekommen.

Nach unserer Ansicht hat der Stadtentwicklungsausschuss eine Sonderstellung, da hier die Ausschussmitglieder immer wieder mit DIN A3 oder anderen sonderformartigen Unterlagen arbeiten müssen. Häufig können diese Unterlagen auf den Tablets nicht ausreichend dargestellt werden.“

5.2 Antrag CDU: Erarbeitung einer endgültigen digitalen Gremienarbeit für alle zukünftigen Ratsperioden

Rm Schneider/ CDU verlas folgenden Antrag:

„Die CDU Fraktion Hilden beantragt die Erarbeitung einer endgültigen digitalen Gremienarbeit. Alle Ratsmitglieder bekommen für die jeweilige Wahlperiode ein Tablet von der Stadt Hilden gestellt (oder werden mit Betrag x bezuschusst für den eigenständigen Kauf eines Endgerätes.) Ausgenommen von dieser Regelung sollen alle Ausschussvorsitzenden (für den jeweiligen Ausschuss), die Fraktionsgeschäftsstellen mit je einem Exemplar und die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses sein, die bei Bedarf die Pläne, wie z. B. Bebauungspläne, weiterhin in Papierform zugesendet bekommen.“

Begründung:

Die CDU Fraktion Hilden sieht die Komplexität der Thematik der digitalen Gremienarbeit. Aktuell steht das Verhältnis 45 % digitale Gremienarbeit zu 55 % nicht digitaler Gremienarbeit. Um den Übergang zur vollständigen digitalen Gremienarbeit für alle möglich zu machen, soll dies erst in der zukünftigen Wahlperiode umgesetzt werden. Dies gewährleistet auch genügend Zeit für Gremienmitglieder, die sich noch nicht sicher in allen Punkten der digitalen Arbeit bewegen. Außerdem ist dabei zu beachten, dass auch alle Tagungsorte die notwendige digitale Infrastruktur aufweisen.“

5.3 Antrag FDP: Installation von Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden des Zentralen Bauhofs

Rm Joseph/FDP verlas folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird gebeten wie folgt zu prüfen:
1. Ist die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden des Zentralen Bauhofs möglich und innerhalb welchen Zeitraums wäre das zu realisieren?

2. Inwieweit besteht die Möglichkeit vorhandene Gerätschaften und Maschinen des Zentralen Bauhofs mit fossiler Antriebstechnik auf Akku-Betrieb umzustellen?

Die Kosten sind zu ermitteln und der Antrag dem Rat der Stadt Hilden in einer seiner nächsten Sitzungen zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Die Installation einer Photovoltaik-Anlage auf den Gebäuden des Zentralen Bauhofs ist angesichts der aktuellen Situation mit höchster Priorität zu betrachten.

Darüber hinaus sollte zukünftig die Möglichkeit bestehen Elektrofahrzeuge, sowie elektrische Werkzeuge auf dem Gelände des Zentralen Bauhofs mit Hilfe von Sonnenenergie kostengünstig und klimaneutral zu laden.

Wünschenswert wäre so viele Werkzeuge wie möglich von fossiler Antriebstechnik auf Elektro-, bzw. Akkubetrieb umzustellen.“

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum 02.06.2022
Vorsitzender

Christina Schroeder / Datum 25.05.2022
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum 31.05.2022
Leiter Team Bürgermeisterbüro